

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	19.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Militärorganisation
Akteure	Keine Einschränkung
Prozesstypen	Gesellschaftliche Debatte
Datum	01.01.1965 - 01.01.2022

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Barras, François
Benteli, Marianne
Burgos, Elie
Bühlmann, Marc
Caretto, Brigitte
Clivaz, Romain
Da Pozzo, François
Füzesséry, Alexandre
Gilg, Peter
Gsteiger, Christian
Huguenet, François
Junker, Beat
Lachat, Alexandre
Longchamp, Claude
Meuwly, Christian
Porcellana, Diane
Schubiger, Maximilian
Terribilini, Serge

Bevorzugte Zitierweise

Barras, François; Benteli, Marianne; Burgos, Elie; Bühlmann, Marc; Caretti, Brigitte; Clivaz, Romain; Da Pozzo, François; Füzesséry, Alexandre; Gilg, Peter; Gsteiger, Christian; Huguenet, François; Junker, Beat; Lachat, Alexandre; Longchamp, Claude; Meuwly, Christian; Porcellana, Diane; Schubiger, Maximilian; Terribilini, Serge 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Militärorganisation, Gesellschaftliche Debatte, 1977 – 2020*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 19.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Politische Grundfragen	1
Nationale Identität	1
Rechtsordnung	2
Äussere Sicherheit	2
Landesverteidigung	2
Landesverteidigung und Gesellschaft	3
Militäreinsätze	4
Militärorganisation	5
Zivildienst und Dienstverweigerung	13

Abkürzungsverzeichnis

VBS	Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
UNO	Organisation der Vereinten Nationen
EFK	Eidgenössische Finanzkontrolle
AUNS	Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz
SiK-NR	Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates
WPEG	Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
NATO	North Atlantic Treaty Organization
PISA	Personalinformationssystem der Armee
SDA	Schweizerische Depeschagentur AG
GSoA	Gruppe für eine Schweiz ohne Armee
EG	Europäische Gemeinschaft
EPD	Eidgenössisches Politisches Departement
MG	Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz)
SOG	Schweizerische Offiziersgesellschaft
EMD	Eidgenössisches Militärdepartement, heute: Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
MFD	Militärischer Frauendienst

DDPS	Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports
ONU	Organisation des Nations unies
CDF	Contrôle fédéral des finances
ASIN	Action pour une Suisse Indépendante et Neutre
CPS-CN	Commission de la politique de sécurité du Conseil national
LTEO	Loi fédérale sur la taxe d'exemption de l'obligation de servir
USS	Union syndicale suisse
OTAN	L'Organisation du traité de l'Atlantique nord
SIPA	Système d'information sur le personnel de l'armée
ATS	Agence Télégraphique Suisse SA
GSsA	Groupe pour une Suisse sans Armée
CE	Communauté européenne
DPF	Département politique fédéral
LAAM	Loi fédérale sur l'armée et l'administration militaire (Loi sur l'armée)
SSO	Société Suisse des Officiers
DMF	Département militaire fédéral, aujourd'hui: Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS)
SFA	Service féminin de l'armée

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Politische Grundfragen

Nationale Identität

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 01.08.2015
MARC BÜHLMANN

2015 wurden auf dem **Rütli** einige Neuerungen umgesetzt. Das Restaurant wurde von einem neuen Pächter übernommen und die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG) plante, den Besuchern des historischen Ortes mit jährlichen Ausstellungen mehr zu bieten. Die erste Ausstellung war dem Thema Identität und Rassismus gewidmet und startete im Juni.

Freilich war die Wiese auch 2015 Ort politischer Debatten. Ende Juli führte die Schweizerische Offiziersgesellschaft eine Gedenkfeier zum 75-Jahr-Jubiläum des so genannten Rütli-Appells durch. Am 25. Juli 1940 hatte General Guisan den Wehrwillen der Schweiz beschwört und gleichzeitig seine Reduit-Idee öffentlich bekannt gegeben. Die geladenen Redner waren sichtlich bemüht, den Reduit-Gedanken nicht wiederzubeleben. Bundesrat Ueli Maurer plädierte allerdings mit Bezug auf Gusiens Rede für einen stärkeren Glauben an die Armee und eine höhere Bereitschaft, die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz zu verteidigen. Dafür seien allerdings auch die nötigen finanziellen Mittel für die Armee zu sprechen.

Bei der traditionellen 1.-August-Feier, die unter dem Motto "Gastfreundschaft" stand, trat Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga als Festrednerin auf. Ihre Rede setzte sozusagen den Kontrapunkt, indem sie nicht eine Konzentration auf die Innenpolitik, sondern eine lösungsorientierte Auseinandersetzung mit der EU forderte.

Der in der Presse von Peter Keller (svp, NW) angekündigte Vorstoss mit dem Ziel, die "linksfreisinnige" SGG vom Rütli-Mandat zu entbinden, blieb bis anhin Makulatur.¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 13.10.2019
CHRISTIAN GSTEIGER

Im September 2019 erschien im Magazin «Bon pour la tête» ein Artikel des Waadtländer Journalisten Jacques Pilet mit dem Titel **«Romands, vous n'existez plus!»**. Anlass dazu waren unter anderem ein Interview im «Blick» mit dem Headhunter Werner Raschle zu Beginn des Monats und eine etwas unsensible Aussage des neuen Armeechefs Thomas Süssli an seiner ersten Pressekonferenz. Süssli hatte gegenüber den Medien verkündet, dass er aufgrund mangelnder Französischkenntnisse Fragen nur auf Deutsch beantworten werde. Derweil antwortete Raschle, vom «Blick» gefragt, welche Qualifikationen der neue SBB-Chef – von einer Frau war nicht die Rede – mit sich bringen müsse, dass Deutsch- und Englischkenntnisse ein Muss seien, denn der neue CEO müsse das Parlament überzeugen und mit der Bevölkerung kommunizieren können. Die Landessprache Französisch und damit die zweitgrösste Bevölkerungsgruppe der Schweiz blieben bei der Vergabe wichtiger und repräsentativer Ämter also gleich zwei Mal aussen vor.

«Enfin quelqu'un qui ose le dire ouvertement alors que tant d'Alémaniques le pensent discrètement», meinte Pilet in seinem Artikel, welcher später in übersetzter Form als Gastkommentar zum Interview mit Raschle ebenfalls im «Blick» erschien. Die französische Sprache, so Pilet, sei in der Schweiz unnötig geworden. Diese «Verachtung der mehrsprachigen Schweiz» empöre aber die Romands, denn die Westschweizer Bevölkerung werde auf diese Weise exkludiert. Natürlich gebe es ebenso Frankophone mit schlechten Deutschkenntnissen, auch habe Süssli versprochen, sein sprachliches Manko zu beheben, doch würden sich Romands durch Sprachdifferenzen – im Gegensatz zu den Deutschschweizerinnen und Deutschschweizern – ungleich weniger amtliche Karrieremöglichkeiten bieten. Diese einsprachige Schweiz, resümierte Pilet, sei aber nicht seine Schweiz, denn sie verrate «die schönsten Traditionen» des Landes und werde verarmen.

Pilets Artikel löste in der Folge einige Reaktionen aus. So schrieb Peter Rothenbühler in der Aargauer Zeitung in einem Kommentar dazu, dass die Westschweiz eigentlich boome, sowohl wirtschaftlich als auch kulturell. Dies lasse sich nicht nur an der Museumslandschaft oder «architektonische[n] Würfen von Weltrang» festmachen, auch die westschweizer Universitäten und die insgesamt drei neuen Schweizer Nobelpreisträger, welche allesamt aus der Romandie stammen, bestätigten dies – doch gehe dies der Deutschschweiz «offenbar am verlängerten Rücken» vorbei. Im Ständerat, so zitierte Rothenbühler die Parlamentarierin Geraldine Savary (sp, VD), könne man zwar durchaus Französisch sprechen ohne missverstanden zu werden. Doch das Problem der Sprachbarriere bestehe sogar im Bundeshaus: Im Nationalrat, so

Savary, würden Romands oft auf Deutsch wechseln, denn bei französischen Reden werde unter den Deutschschweizern oft getuschelt, da nicht alle des Französischen mächtig seien. Wie Rothenbühler ausserdem festhielt, habe man die sprachliche Diskrepanz auch im Westschweizer Fernsehen diskutiert und sei zum Schluss gekommen, dass Handlungsbedarf bestehe, weil die Schweiz sonst «sprachlich und kulturell» auseinanderdriften könnte.

Eine ähnliche Ansicht vertrat auch der Verein «Helvetia Latina», welcher sich für die Förderung der Mehrsprachigkeit in den Bundesämtern und im Parlament einsetzt. Am zweitletzten Sitzungstag der Herbstsession wurde der vom Verein organisierte «journée du plurilinguisme» abgehalten, wie die Westschweizer Zeitung «Le Temps» mit Bezug auf Pilets Artikel berichtete. An diesem Tag, so die Idee, werden die Rollen getauscht: Deutsch wird zu einer «langue minoritaire», die lateinischen Sprachen zur «langues majoritaires». Wie «Le Temps» festhielt, hatten Überprüfungen des Vereins nämlich gezeigt, dass die in der Bundesverwaltung geltenden Quoten bezüglich der Sprachenrepräsentation – Deutsch müsste von 70 Prozent, Französisch von 21–23 Prozent, Italienisch von 6–8.5 Prozent und Rätoromanisch von 1 Prozent der Angestellten gesprochen werden – nicht immer eingehalten werden.

Die Bedeutung von funktionierender Kommunikation hatte derweil bereits ein im Juni erschienener Artikel im Tages-Anzeiger nahegelegt: Anlässlich des 90. Geburtstags des Philosophen Jürgen Habermas ging man dort der Frage nach, «was uns eigentlich zusammenhält». Im Werke Habermas', so eine der Kernaussagen des Artikels, werde ersichtlich, dass Kommunikation eines der Leit motive einer funktionierenden Demokratie sei.²

Rechtsordnung

Äussere Sicherheit

Bereits im Sommer verfügte das EMD Einschränkungen für die Ausländerkontakte von **Militärpersonen**. Gleichzeitig beunruhigten Funktionäre des Nachrichtendienstes die Öffentlichkeit, indem sie durch die Presse Verdächtigungen gegen leitende Beamte ihres Dienstzweiges verbreiten liessen. Während die Angelegenheit departementsintern untersucht wurde, äusserten Vertreter des EMD die Ansicht, dass der Wirbel im wesentlichen auf Unzufriedenheit über administrative Umdispositionen zurückzuführen sei. Von verschiedener Seite wurde überdies eine Reduktion des Personals überdotierter ausländischer Botschaften gewünscht; der Chef des EPD bezeichnete solche Begehren jedoch als unangebracht. Zur Beförderungspraxis der Armee veröffentlichte ein Journalist eine pointierte Kritik, die sich auf Aussagen militärischer und politischer Persönlichkeiten berief, von diesen aber als zu einseitig zurückgewiesen wurde.³

Landesverteidigung

Landesverteidigung

Das Auftreten neuer weltpolitischer Krisenherde brachte eine wesentliche Belebung der **Diskussion über die Landesverteidigung**. Die dadurch verstärkten Rüstungsanstrengungen führten angesichts der weiterhin defizitären Bundesfinanzen zu einer Akzentuierung parteipolitischer Gegensätze. Verstärktes Interesse beanspruchte überdies das Verhältnis der Frau zur Gesamtverteidigung. Besonderes Aufsehen erregte in der Öffentlichkeit freilich vor allem die Affäre um den Nachrichtenoffizier A. Bachmann.

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 03.09.1977
PETER GILG

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 31.12.1980
FRANÇOIS DA POZZO

Landesverteidigung und Gesellschaft

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 13.12.1980
FRANÇOIS DA POZZO

Sicherheitspolitische Alternativen wurden auch in anderen Kreisen lediglich sporadisch erwogen. Immerhin gab namentlich das Schicksal Afghanistans Anlass, **das schweizerische Abwehrrdispositiv grundsätzlich zu erörtern**. Der Schweizerische Zivilschutzverband sah in der zielstrebigem Unterwanderung des Staates mit anschliessender Machtübernahme durch die Sowjetunion eine nachträgliche Rechtfertigung des umstrittenen, 1969 veröffentlichten Zivilverteidigungsbuches «zweite Form des Krieges», und die Schweizerische Offiziersgesellschaft forderte eine der Bedrohung angemessene Ausrüstung der Armee. Verschiedene Wehrverantwortliche demonstrierten am Beispiel Afghanistan, dass die schweizerische Landesverteidigung weder mit einem gewaltlosen Widerstand noch mit einem auf den Kleinkrieg abgestützten Kampfkonzept zu bewerkstelligen sei. Das im Entstehen begriffene Armeeleitbild 90 halte demgegenüber am bisherigen Abwehrkonzept mit einem stufenweisen Ausbau der Armee fest. Im Hinblick auf den verschärften Kampf um die Verteilung der verfügbaren Mittel komme aber auch ein vollmechanisiertes Modell «Konzeption Stelzer» nicht in Frage. Bereits für den Vollausbau der bisherigen Konzeption sei für die Periode 1984-95 mit einem jährlichen Finanzbedarf von CHF 2'500-3'000 Mio. zu rechnen.⁴

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 31.12.1980
FRANÇOIS DA POZZO

SP-Exponenten bemängelten demgegenüber den «**Mechanisierungswahn**», der der Schweiz eine «Grossarmee in Taschenformat» beschert habe, und forderten eine infanteristische, dezentralisierte Verteidigungsarmee. Afghanistan schein für gewisse Kreise zum erwünschten Alibi zu werden; Entspannungspolitik dürfe aber nicht kurzschlüssiger Restauration des Kalten Krieges geopfert werden. Pazifistisch orientierte Stimmen erhoben ausserdem den Vorwurf, die Armee sei zur rein innenpolitischen, angeblich den Zusammenhalt fördernden «Schule der Nation» reduziert worden. Was die Stimmbürger anbelangt, so zeigte eine wissenschaftliche Umfrage erneut, dass man am Ehesten bei den Verteidigungsaufwendungen zu sparen wünscht. Unter den verschiedenen Aufgabenbereichen des Bundes war die Landesverteidigung der einzige, für den eine Mehrheit der Befragten grössere Sparanstrengungen forderte.

In einer anderen Repräsentativumfrage wurde die Landesverteidigung hinsichtlich eines Zielkataloges schweizerischer Politik auf dem vorletzten Rang (vor UNO-Beitritt) plazierte. Auf Grund einer anderen Umfrage wird auch gezeigt, dass nur 19 Prozent der Befragten vermehrte Anstrengungen für die Landesverteidigung befürworteten, obschon sie mehrheitlich unter dem Eindruck einer weltweit angewachsenden Kriegsgefahr standen.⁵

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 04.06.1981
CHRISTIAN MEUWLY

Champion de la **neutralité** forte, le chef du DMF s'est porté au-devant du courant de refus. «Les pacifiques, c'est nous, c'est l'armée», a-t-il déclaré, prenant pour toile de fond les diverses présentations et défilés qui ont marqué l'année militaire. Des représentants de partis bourgeois ont vu dans la participation de groupements d'obédience marxiste au mouvement pacifiste l'indice d'une manipulation, tandis que des officiers généraux ont relevé son extension rapide et unilatérale. Certains y ont aperçu le résultat d'une guerre psychologique habile, menée à long terme dans le but d'affaiblir la résistance de l'Occident. Commentant l'ensemble des problèmes de conscience soulevés par la défense armée et l'obligation de servir, les chefs militaires ont exprimé leur préoccupation à l'idée que des concessions, propres à aggraver l'effet de la diminution naturelle des effectifs, ne poussent la **Suisse** vers une alternative contraire à sa tradition de milice et de neutralité.⁶

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 19.06.1981
CHRISTIAN MEUWLY

Avec un inégal respect des fondements de la politique de sécurité, c'est au problème de **l'isolement du pays neutre** entre les deux blocs que se sont adressés les promoteurs du mouvement pacifiste et les spécialistes des questions militaires. Les premiers, imitant les neutralistes des pays européens de l'OTAN, en ont appelé aux grandes puissances pour qu'elles interrompent l'escalade absurde des armes de destruction massive. Les groupements, aux motivations hétérogènes, unis dans la recherche d'une alternative à la paix par la terreur, souhaitent donner une impulsion radicale à la politique étrangère de la Suisse. Dans cette optique, ils estiment nécessaire que notre pays échappe à la dépendance unilatérale où l'enserme sa politique d'armement. Cette transfiguration de la neutralité devrait aussi entraîner l'interdiction de l'exportation de matériel de guerre, ont rappelé les opposants à l'exposition militaire internationale

privée «W'81». Une attitude de strict «non-alignement» de la part de la Suisse ne serait pas pour déplaire à une tendance qui a signalé son emprise dans les rangs socialistes. Cette aile du parti craint non seulement que les partis bourgeois et l'administration militaire ne surestiment les facultés d'adaptation de notre petit Etat à la spirale technologique des armements, mais elle soutient encore qu'ils situent déjà la neutralité trop à l'Ouest. A l'image de l'épouvantail brandi par les jeunes socialistes, qui se sont attiré les remontrances de la direction du PSS, une partie du mouvement pacifiste a réclamé le démantèlement de l'armée. Des voix plus distinctes, inspirées par des valeurs chrétiennes, ne se lassent pas de suggérer que ce n'est pas son armée, mais l'intolérance et l'intérêt, qui empêchent la Suisse d'oeuvrer véritablement pour la paix.⁷

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 19.12.1981
CHRISTIAN MEUWLY

C'est dans cette atmosphère de parcimonie que, présentant l'étude de son groupe «politique étrangère et politique de sécurité» sur la guérilla et la résistance civile, le PDC suisse a réaffirmé son allégeance à **la primauté de la défense opérative**. Il exige, toutefois, que soient exploitées toutes les possibilités de préparer le pays à la guérilla, car celle-ci a son rôle à jouer comme prolongement de la défense en territoire occupé. Sans craindre de voir grand, les militaires, eux, ont débattu des données actuelles de la défense combinée. C'est que le prochain plan directeur, qui fixera les objectifs que la préparation de la défense militaire devra atteindre dans les années 90, est en maturation. Tandis qu'une «pause de réflexion» était imposée à l'administration militaire au début de l'année, pour y calmer les controverses relatives aux moyens de rehausser mobilité et capacité de défense antichar, les doctrines modernes d'engagement et les systèmes d'armes qui leur correspondent ont fait l'objet d'un examen approfondi au sein de la Société suisse des officiers. Les partisans d'une mécanisation accrue y ont donné le ton.⁸

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 20.11.2000
FRANÇOIS BARRAS

La perspective d'«Armée XXI» et les économies qui accompagneraient une acceptation de l'initiative «Economiser dans l'armée et la défense générale – pour d'avantage de paix et d'emplois d'avenir (initiative en faveur d'une redistribution des dépenses)» ont alimenté le débat sur les liens entre l'économie privée et le secteur militaire. Plusieurs études parues durant l'année ont démontré que la manne financière traditionnellement associée à l'armée se réalise surtout a contrario, dans les économies réalisées par les entreprises grâce à la réduction des jours de service. Il apparaît ainsi que plus de **CHF 4 milliards ont été économisés depuis 1991, en terme de charges salariales que les employeurs n'ont pas eu à verser** à leur personnel sous les drapeaux. De nombreuses entreprises se sont prononcées ouvertement pour une réduction des cours de répétition ou la possibilité de les effectuer d'une traite. Si l'armée continue néanmoins d'injecter des subsides dans l'économie locale à hauteur de CHF 360 millions par an, une étude publiée par l'Université de Berne indique que le secteur militaire a perdu un peu moins de 20'000 emplois en dix ans. De 40'490 personnes actives dans une branche économique liée à l'armée en 1990, le chiffre est tombé à 21'400 en 2000. Les entreprises actives dans les branches de métaux, de machines et de véhicules ont souffert le plus fortement de cette récession.⁹

Militäreinsätze

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 11.11.1991
SERGE TERRIBILINI

A l'occasion d'un entretien avec l'ATS, **Kaspar Villiger** a exposé ses vues sur le rôle de la Suisse et de son armée au niveau international. Ainsi, selon lui, la Suisse devra, qu'elle adhère ou non à la CE, **adapter sa politique de sécurité au contexte européen**. Diverses options devraient ainsi être envisagées pour permettre à l'armée de tenir sa place. Cela signifie que le projet «Armée 95» devra être assez souple pour laisser toutes les portes ouvertes (redéfinition du concept de service obligatoire, réduction des forces, renoncement à certaines armes, etc.). Pour le chef du DMF, la Suisse devrait **envisager une «neutralité différenciée»**; neutralité stricte dans le cadre des conflits extraeuropéens, mais solidarité lorsqu'une menace pèserait sur l'ensemble de l'Europe. Cependant, il ne juge pas approprié de participer à une coalition internationale ou à une politique européenne de grande puissance, et entend ne pas remettre en cause le système d'armée de milice.¹⁰

Militärorganisation

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 31.12.1978
PETER GILG

Unter dem Eindruck wachsender Schwierigkeiten, für alle Armeefunktionen genügend Personal zu finden, gewinnt der **Einsatz von Frauen** erhöhtes Interesse. Deren gestärkte gesellschaftliche Position stellt aber eine blosser Hilfsdienstrolle mehr und mehr in Frage. Vertreterinnen des Frauenhilfsdienstes fordern deshalb ein eigenes Statut für die weiblichen Armeeingehörigen. Generalstabschef H. Senn zeigte für das Anliegen Verständnis und zog auch eine Unterstellung von Männern unter weibliches Kommando in Betracht. Von feministischer Seite wurde demgegenüber für die Frau eine pazifistische Rolle beansprucht.¹¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 10.10.1980
FRANÇOIS DA POZZO

Dass das neue, bereits 1979 erlassene **Dienstreglement (DR 80)** für den Wachtdienst scharfe Munition vorsieht, **erregte weiterhin Unmut**. Nebst zahlreichen Einsprachen und Petitionen bewirkte vor allem die Protestaktion einer Gruppe von Wehrmännern, die ihre Waffe im Basler Rathaus abgaben, einiges Aufsehen.¹²

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 01.12.1980
FRANÇOIS DA POZZO

Im November wurde der bereits vor Jahresfrist abgeschlossene Bericht über «**Die Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung**» veröffentlicht. Die im Auftrag des EMD von der ehemaligen Leiterin des Frauenhilfsdienstes (FHD), Andrée Weitzel, verfasste Studie weist auf die veränderte gesellschaftliche Stellung der Frau hin und hebt deren Mitverantwortung auch in der Gesamtverteidigung hervor. Es werden daher verschiedene denkbare Lösungen dargestellt, die grundsätzliche Frage eines allfälligen Obligatoriums bleibt jedoch einem politischen Entscheid überlassen. Da nach Frau Weitzel die geltenden Rechtsgrundlagen nicht mehr ausreichen, um eine zweckmässige Mitarbeit der Frau in möglichen Krisenlagen sicherzustellen, regt sie die Schaffung eines neuen Verfassungsartikels an. Ohne die Totalrevision der Bundesverfassung abzuwarten, seien in einem solchen Artikel die Rechte und Pflichten sowie die Ausbildung der Frau im Bereich der Gesamtverteidigung zu regeln. Die bereits vor der Veröffentlichung des «Weitzel-Berichtes» einsetzende Diskussionsphase zeitigte unterschiedliche Positionen. So bezeichnete der Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung, A. Wyser, einen Dienst der Frau an der Waffe als absurd. In Frauenkreisen schienen die Befürworterinnen einer freiwilligen und nicht in den Militärapparat eingegliederten Lösung zu dominieren. Das Meinungsspektrum reichte aber trotzdem von der Ablehnung jeglichen Einsatzes in der Gesamtverteidigung über differenzierte Vorschläge bis zur Forderung nach Chancengleichheit der Frau auch für die höchsten Armeechargen. Eine engagierte Frauenorganisation kritisierte darüberhinaus bestimmte, gegen die Würde der Frau gerichtete Schiessausbildungspraktiken in einer Truppeneinheit, die auf bedenkliche Vorstellungen von den Geschlechterrollen schliessen lassen.¹³

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 07.12.1981
CHRISTIAN MEUWLY

Tirant le bilan de son activité à la tête de l'instruction, le commandant de corps H. Wildbolz, atteint par la limite d'âge, a rappelé les exigences de cette préparation. Son successeur a été nommé en la personne du Valaisan Roger Mabillard. Avec le divisionnaire Christen, promu en remplacement du divisionnaire Haener, le chef d'arme des troupes légères et mécanisées, décédé au début de 1981, deux Romands sont ainsi venus **rétablir l'équilibre régional au sein du haut commandement**. Déjà mise en évidence dans le plan directeur, la situation en matière de personnel instructeur a soulevé la question de l'éventuelle disjonction des carrières d'officier instructeur et d'officier de troupe: une structure d'âge défavorable est en effet apparue à la suite du blocage des effectifs des fonctionnaires. Pour les responsables de l'instruction, il n'y a pas à craindre que le soldat de milice ne soit débordé par le niveau technologique des armements. La presse s'est en effet interrogée au sujet des pertes record accumulées cette année par l'aviation. Comme pour conjurer cette série noire, le Conseil des Etats a approuvé la prolongation de l'arrêté fédéral sur les mesures à prendre pour encourager la formation des jeunes pilotes et des grenadiers parachutistes. La route est cependant restée l'élément le plus meurtrier pour les soldats, et l'expérience d'un prix unique a été tentée pour promouvoir l'utilisation des chemins de fer par les militaires en congé (Mo. 80.558). Si ce n'est pas le cas pour la technique, la charge psychologique de la vie militaire semble avoir des incidences accrues sur les jeunes (Mo. 80.369; Po. 81.426; Po. 81.329; Po. 80.503; Po. 80.372; Po. 80.442). Par ailleurs, la diminution prochaine des effectifs des recrues a une nouvelle fois fait envisager l'opportunité de redéfinir la notion d'aptitude au service.¹⁴

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 18.12.1981
CHRISTIAN MEUWLY

Le gouvernement a présenté et les Chambres ont adopté la **quatrième étape des révisions de l'organisation de l'armée** prévues par le plan directeur pour les années 80. Le remaniement touche cette fois principalement les troupes sanitaires et les troupes de protection aérienne (PA). Le concept de service sanitaire coordonné prévoit l'usage des hôpitaux civils par les militaires et réciproquement, en cas de catastrophe ou de guerre. L'organisation du service sanitaire à l'échelon de la troupe peut ainsi être allégée d'un poste intermédiaire, mais les secteurs d'engagement des régiments d'hôpital (échelon de base) doivent être adaptés aux frontières cantonales. Une meilleure intégration des centres de décision civils et militaires est aussi recherchée dans l'utilisation des troupes de PA. Les objections formulées par voie de presse par une fraction de l'opinion spécialisée ont été balayées. Faudrait-il réviser la Constitution, ou seulement la loi sur l'organisation militaire, pour permettre l'engagement régulier de troupes suisses en cas de catastrophe à l'étranger (Numéros d'entreprise: 81.717, 81.333)? La question de savoir si une telle mission pouvait être comptée comme cours de répétition s'est posée après l'envoi d'un détachement de PA dans le sud de l'Italie, en automne 1980. La Commission militaire du National a souhaité qu'il y soit répondu par l'affirmative. Plusieurs parlementaires ont interrogé le gouvernement à ce sujet. Il s'est déclaré ouvert à l'idée de faciliter de telles opérations, quoique, du côté de l'armée, on estime qu'une action humanitaire ne remplit pas le but de préparation à la guerre. Après être longtemps restée en suspens, l'initiative parlementaire pour un médiateur dans l'armée a été classée (Numéros d'entreprise: 80.499, 11.790, 77.225). A quelque distance de l'introduction du règlement de service 80, un bilan globalement positif a pu être opposé aux détracteurs de la garde armée (Numéro d'entreprise: 81.717); avant la fin de l'année, on devait cependant enregistrer un incident. Par ailleurs, le traitement électronique des données dans l'administration militaire a reçu l'approbation des cantons. Sur la base des essais entrepris depuis 1976, le Conseil fédéral a chargé le DMF de mettre en oeuvre le système PISA.¹⁵

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 18.12.1981
CHRISTIAN MEUWLY

Tandis qu'un questionnaire était préparé en vue de la phase de consultation, les commissions féminines des grands partis bourgeois se sont déclarées favorables à l'extension du **rôle de la femme** dans la défense générale. Bien qu'il ne soit pas plus qu'auparavant question d'un service féminin obligatoire, les groupements féministes ont intensifié leurs protestations, en liaison avec le mouvement pacifiste. Les militantes ont dénoncé les relents traditionalistes qu'elles perçoivent dans le rapport Weitzel, maintenant disponible en allemand. Un nouvel incident, révélateur de l'image de la femme dans l'armée, a égratigné la hiérarchie militaire: à la suite de l'apparition de stripteaseuses pendant une soirée de compagnie, un capitaine a fait l'objet d'une mesure disciplinaire, que l'instance de recours a, toutefois, annulée.¹⁶

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 15.03.1982
BEAT JUNKER

Das **Image der Armee in der Öffentlichkeit** war 1982 im allgemeinen gut. Meinungsumfragen ergaben, dass die Bevölkerung zwar eine weltweite Abrüstung begrüssen würde, im eigenen Lande dagegen den Verteidigungswillen hochhalten möchte. Mehr als solche Sondierungen besagte allerdings vielleicht die Tatsache, dass die nötigen Unterschriften für ein Referendum gegen die Änderung des Militärstrafrechtes im Bereich von Gewaltverbrechen nicht vereinigt werden konnten, und dass Jungsozialisten und andere Gruppen zwar über eine Volksinitiative zur Abschaffung der Armee diskutierten, ein solches Begehren indessen für verfrüht hielten, da es jetzt beim Bürger keine Chancen besässe. In seiner Antwort auf eine einfache Anfrage betonte der Bundesrat, seiner Auffassung nach sei gewaltloser Widerstand keine echte Alternative zur bewaffneten Abwehr, doch nahmen Behörden und Armeeführung die Friedensbewegung ernst und setzten sich mehrmals in Reden mit ihren Anliegen auseinander. Die schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) publizierte sogar eigene Thesen zur Friedensfrage.¹⁷

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 28.09.1982
BEAT JUNKER

Auch 1982 begegneten die Projekte des EMD für **Infrastrukturanlagen** allerlei Widerstand, besonders wenn sie Kulturland beanspruchten. So wandten sich die Korporationen Stans und Buochs als Grundbesitzer, aber auch die Nidwaldner Kantonsregierung gegen den Plan, die Piste des Militärflugplatzes Buochs zu verlängern. Allerdings bewilligten die eidgenössischen Räte den Verpflichtungskredit für das Vorhaben trotzdem, wobei Bundesrat Chevallaz zusicherte, mit dem Bau werde erst begonnen, wenn die Differenzen mit den kantonalen Behörden behoben seien. Eine gütliche Lösung fand sich schliesslich für den Truppen-Übungsplatz Bernhardzell in der Ostschweiz. Dagegen klagten mehrere Dörfer aus der Nachbarschaft des

Flabschiessplatzes Reckingen/Gluringen über Lärm, der den Fremdenverkehr beeinträchtigt. Zudem habe das **Militär** dem Oberwallis weniger Arbeitsplätze gebracht als erhofft. Deshalb erneuerte nur ein Teil der betroffenen Gemeinden ihren Vertrag mit dem EMD, doch erlauben die geltenden eidgenössischen Vorschriften gleichwohl eine Fortführung des Schiessbetriebes.¹⁸

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 16.12.1982
BEAT JUNKER

Grosse Publizität erlangte schliesslich die Frage eines **Einbezuges der Frau in die Gesamtverteidigung**. Das EMD hatte seinerzeit die ehemalige Leiterin des Frauenhilfsdienst, Andrée Weitzel, mit einer Studie über den Problembereich betraut, doch befriedigte das Ergebnis den Auftraggeber nicht voll, so dass eine elfköpfige Studiengruppe das Thema weiterbearbeitete und schliesslich einen Text mit acht Varianten vorlegte, von denen vier in irgendeiner Form ein Obligatorium des Fraueneinsatzes vorsahen, allerdings keine davon ein Obligatorium für eigentlichen Militärdienst. Obwohl dieser Bericht 1982 erst in die Vennehmung ging, benützten feministische Organisationen die Gelegenheit, um schon vorher öffentlich gegen Tendenzen zur Militarisierung der Frau zu protestieren, die sie in den Vorschlägen zu finden glaubten.¹⁹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 27.01.1983
CLAUDE LONGCHAMP

Deutlich zugespitzt haben sich in den letzten Jahren die Widerstände gegen den Ausbau militärischer Ausbildungsplätze; weiterhin steht dabei die **Kontroverse um** den geplanten **Waffenplatz in Rothenthurm** im Vordergrund. Nachdem das 1982 eingeleitete Enteignungsverfahren für ein Infanterie- und ein Aufklärungsgelände die Konfliktfronten weiter verhärtet hatte, unternahm Bundespräsident P. Aubert zum Jahresbeginn noch eine Vermittlungsaktion. Ihr Scheitern beantworteten radikale Waffenplatzgegner mit gewalttätigen Ausschreitungen. Die Landesregierung beantragte in ihrer Botschaft für die militärischen Infrastrukturanlagen einen Kredit von CHF 108 Mio. für den Bau des projektierten Waffenplatzes. In seiner Begründung unterstrich der Vorsteher des EMD, G.-A. Chevallaz, wenn der Bundesrat in dieser vorwiegend durch ausserparlamentarische Aktivitäten politisierten Frage nachgeben würde, wäre dies ein schweres Präjudiz nicht nur für weitere militärische Anlagen, sondern auch für Autobahn- und Flughafenbauten.²⁰

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 11.10.1984
CLAUDE LONGCHAMP

Nebst diesen weitgehend unbestrittenen Geschäften war die Öffentlichkeit mit den Folgen der Beschlüsse des Vorjahres in Sachen Waffenplatz Rothenthurm beschäftigt. Angesichts der erstarrten Fronten verlagerte sich die Kontroverse zusehends auf die juristische Ebene. Durch eine Retouche am Projekt hatten die eidgenössischen Behörden vorerst erreicht, dass der Kasernenbau nicht mehr von der «Rothenthurm-Initiative» zum Schutz der Hochmoore tangiert wird. Als **Entgegenkommen gegenüber Naturschutzkreisen** bereitete der Schwyzer Regierungsrat eine provisorische Planungszone vor, mit der bis zum Erlass eines definitiven Schutzplanes irreversible Veränderungen untersagt werden sollten. Parallel zu diesen beiden Konzessionen wurden jedoch konkrete Schritte zur Durchsetzung des Vorhabens unternommen. So setzten mit Jahresbeginn auch die Bauarbeiten an einer Zufahrtsstrasse zum Kasernenareal ein. Weiter wurde ein Enteignungsverfahren eingeleitet. Dabei beanspruchte das EMD eine «vorläufige Besitzeinweisung» der Parzellen, die für den Kasernenbau benötigt werden. Damit will es verhindern, dass es die möglicherweise langwierigen rechtlichen Auseinandersetzungen über die Entschädigungshöhe abwarten muss. **Die Betroffenen wehrten sich gegen beides mit rechtlichen Schritten.** Im Falle der Zufahrtsstrasse bestätigte das zuständige Bezirksgericht den superprovisorisch verfügten Baustopp. Nach der Anfechtung des Urteils, gelang es der Schwyzer Regierung und dem EMD, einen Vergleich abzuschliessen, der eine Weiterarbeit ermöglichte. Von seiten des Rothenthurmer Gemeinderates und des WWF wurde danach versucht, sämtliche Bauarbeiten zu stoppen. Das Bundesgericht lehnte jedoch die Beschwerde ab. Es bekräftigte, dass das EMD keine ordentliche Baubewilligung benötige, wenn die Bauarbeiten der Landesverteidigung diene.²¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 03.12.1984
CLAUDE LONGCHAMP

In der Folge verlangte die Bauherrschaft, nicht nur auf dem Kasernenareal bauen, sondern durch das ganze Moorgebiet eine Versuchswegstrecke einrichten zu können. Damit wollte sie Auskünfte über technische Schwierigkeiten beim Bau im Moor erhalten. Innerhalb der federführenden «**Arbeitsgemeinschaft gegen den Waffenplatz Rothenthurm**» (AWAR) führte dieses Vorgehen zu Spaltungserscheinungen. Die AWAR bekräftigte, weiterhin nur mit legalen Mitteln arbeiten zu wollen, um wenigstens das geplante Aufklärungsgelände zu verhindern. Dies führte dazu, dass sich ein radikaler Teil unter dem Namen «**Bürgeraktion Rothenthurm**» abspaltete und direkte Aktionen auf gewaltfreier Ebene ankündigte. Nebst einer Protestkundgebung gegen die eingeleitete Waldrodung wurde bis Jahresende jedoch nur die Lancierung einer Initiative zum Schutz vor Enteignungen in Aussicht gestellt.²²

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 08.08.1986
ALEXANDRE LACHAT

Le projet de la place d'armes prévue à Rothenthurm est empêtrée dans une bataille juridique depuis 1983. En juillet, le Tribunal fédéral a admis partiellement les nombreux recours déposés par les opposants au projet et a conséquemment annulé les décisions d'expropriation prononcées l'année précédente par le DMF. La première Cour de droit public a en effet estimé à l'unanimité que les renseignements fournis par le DMF en cours de procédure s'étaient révélés bien trop insuffisants pour pouvoir apprécier objectivement l'impact de l'ensemble du projet sur l'environnement, privant ainsi les principaux intéressés des moyens nécessaires de faire valoir leurs droits lors de la procédure d'opposition à l'expropriation. En conclusion, le Tribunal fédéral en a déduit que le droit d'être entendu garanti aux opposants avait été violé et a renvoyé le dossier au DMF pour une nouvelle instruction plus complète. Il a en outre invité celui-ci à tenir compte de toutes les données statistiques nouvelles, ainsi que des exigences de la nouvelle loi sur l'environnement. Ce verdict a été salué tant du côté des promoteurs que du côté des opposants à la place d'armes. Les premiers se sont félicités de voir la plus haute instance juridique du pays admettre implicitement la nécessité d'une place d'armes à Rothenthurm, alors que les seconds ont considéré celui-ci comme une première leçon pour le DMF. Parallèlement, le Conseil des Etats a suivi la recommandation du Conseil fédéral au sujet de l'initiative populaire «Pour la protection des marais» dite «Initiative de Rothenthurm». La chambre des cantons a pris très nettement position contre ce projet de texte constitutionnel qui vise indirectement à empêcher la construction d'une place d'armes à Rothenthurm. Elle a par contre approuvé la proposition du gouvernement de **réviser partiellement la loi sur la protection de la nature et du paysage** afin de renforcer tout de même la protection des marais et du biotope.²³

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 06.10.1989
BRIGITTE CARETTI

Les réactions des partis à ces propositions ont été diverses. Le PRD les juge positives, l'UDC les estime réalisables et insiste sur la nécessité d'une réforme similaire dans la protection civile. Le PDC, tout en reconnaissant l'impératif besoin de restructurations, reste nuancé. Par contre, le PSS trouve que le projet manque de substance et regrette qu'une réduction globale de la durée du service militaire n'ait pas été envisagée. A ce titre, le Conseil national a transmis un postulat du député Fäh (prd, LU) (Po. 89.482) demandant un examen de toutes les possibilités offertes par ce nouveau concept.²⁴

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 30.07.1990
BRIGITTE CARETTI

Créé en 1940, le Service complémentaire féminin, devenu depuis 1984 le Service féminin de l'armée (SFA), a fêté ses cinquante ans. Diverses modifications sont envisagées par ses cadres afin de le rendre plus attractif et de combler le déficit en recrues (effectif optimal: 3814 femmes; effectif réel: 3132). Ainsi, le devoir de service pourrait être réparti sur moins d'années (7 ou 8 ans, au lieu des 15 actuels), des cours pour officiers de protection atomique-chimique (SPAC), des fonctions d'aumôniers, de conductrices de chiens de catastrophe ainsi que de pilotes d'hélicoptères pourraient également être créés. Par ailleurs, **la commission pour la défense nationale a approuvé une proposition qui autoriserait**, si elle était acceptée par le gouvernement, **le port d'arme facultatif au sein du SFA**. Le brigadier Eugénie Pollak s'est déclaré favorable à une telle idée, à condition qu'il s'agisse d'une arme purement défensive et qu'une formation adéquate l'accompagne.²⁵

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 20.11.1990
BRIGITTE CARETTI

Les différents partis politiques ont également proposé certaines idées de réforme de l'armée. Si les démocrates du centre et les radicaux ont préféré attendre la publication du rapport 1990 sur la politique de sécurité helvétique avant de se prononcer, les **démocrates-chrétiens** ont déjà avancé un certain nombre de suggestions. S'ils souhaitent une **réduction de la durée globale des obligations militaires** (à 312 jours), ils prônent également un rythme différent des cours de répétition (tous les deux ans), une plus grande professionnalisation des instructeurs et la division de l'école de recrues en deux phases (une première formation générale de six semaines, une seconde, spécialisée, de neuf semaines). La principale idée directrice des **socialistes** en la matière réside dans la conversion de la production de matériel de guerre en celle de biens civils. Pour cela, ils préconisent l'abandon de toute production d'armes en Suisse, la **réduction des activités et des effectifs de l'armée**, la limitation des dépenses militaires ainsi que l'engagement plus actif de la Confédération en faveur du désarmement et de la paix.²⁶

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 27.09.1991
SERGE TERRIBILINI

La **réaction des partis** a été unanime. **Ils ont tous désapprouvé les agissements des organisations secrètes** et ont émis le souhait qu'à l'avenir les services helvétiques de ce type soient en permanence placés sous contrôle politique.²⁷

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 15.12.1991
SERGE TERRIBILINI

Les réactions à ce projet allèrent de la satisfaction à la déception. Si le PDC, l'UDC et le PRD ont estimé que les plans d'«Armée 95» sont positifs, le premier voudrait voir réorganisés d'autres domaines de la politique de sécurité et le second regrette le plafonnement des dépenses militaires, alors que la nouvelle doctrine exige un armement sophistiqué. Pour la gauche et les écologistes, le projet du DMF ne constitue qu'une réforme de surface qui n'aborde pas les vrais problèmes.²⁸

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 21.12.1991
SERGE TERRIBILINI

Les travaux pour la place d'armes de Neuchlen-Anschwilen (SG) ont repris, après une année de pause, au mois de septembre. Les opposants, qui avaient exigé d'attendre le résultat de la votation sur l'initiative pour que quelque chose soit entrepris, ont entamé une campagne pour s'opposer à leur reprise. Divers incidents eurent lieu ainsi qu'une grande manifestation (Pour avoir participé à ces manifestations, des poursuites ont été engagées contre huit Conseillers nationaux, mais le parlement s'est cependant prononcé contre la levée de leur immunité parlementaire). C'est pourquoi, dans le cadre du premier supplément au budget 1991, le parlement, malgré l'opposition des socialistes, a accordé au DMF les CHF 3.9 millions qu'il demandait pour protéger la place d'armes (pose d'une clôture et surveillance du chantier par Securitas) afin de permettre de poursuivre les travaux (Les grands travaux devraient commencer au printemps 1992 par la construction de la caserne sur la place d'armes contestée). En fin d'année, l'Assemblée générale du groupe d'opposition pacifique à Neuchlen-Anschwilen (Gons) a décidé de cesser ses visites quotidiennes sur le chantier. Certaines mesures de protection ont ainsi été levées.²⁹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 27.03.1993
MARIANNE BENTELI

Im März ereigneten sich erneut zwei Unfälle mit einer EUHG 85, einer davon mit tödlichem Ausgang für einen WK-Soldaten. Der andere Unfall geschah während eines Theoriekurses für Berufsmilitär. Einer der Teilnehmer manipulierte eine EUHG 85 in der Meinung, es handle sich um ein inaktives Ausstellungsmodell. Der Ausbildungschef der Armee verbot daraufhin die Verwendung der EUHG 85 für die theoretische Ausbildung. Von einem generellen Moratorium für den Einsatz dieser Granate, wie dies die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates diskutiert hatte, wollte er allerdings absehen. Die Kommission für militärische Landesverteidigung stützte den Entscheid des Ausbildungschefs. Auch die Sicherheitspolitische Kommission der grossen Kammer schloss sich schliesslich dieser Sicht der Dinge an.³⁰

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 01.11.1993
MARIANNE BENTELI

Die Soldatenkomitees (SK), die während rund 20 Jahren den «direkten Widerstand in der Armee» gefördert hatten, lösten sich mangels Perspektive in ihrer bisherigen Form auf. Die ersten SK wurden zu Beginn der siebziger Jahre gegründet. Ihre Aktivisten trugen «Missstände» in der Armee an die Öffentlichkeit und organisierten Aktionen zum Beispiel für die Fünftageweche, für mehr Ausgang und gegen den Zwang zum «Weitermachen». Sehr aktiv waren die SK auch zu Beginn der achtziger Jahre. Als zentrales Anliegen wurde nun die Abschaffung des Wachdienstes mit Kampfmunition

bezeichnet. Mitte der achtziger Jahre wurde es ruhiger um die SK; schliesslich überlebten nur die Organisationen in Basel, Bern und Zürich.³¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 28.10.1996
ALEXANDRE FÜZESSÉRY

L'association faitière **«Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedensicherende Milizarmee» a formulé certaines critiques** à l'égard d'Armée 95. Dénonçant notamment des carences dans le domaine de l'encadrement des recrues, les représentants de l'association ont demandé qu'il ne soit plus possible pour les commandants de compagnie de fractionner leur paiement de galons, cette pratique impliquant que le commandement n'est pas assuré par une seule et même personne durant les écoles de recrue. Ils ont également exigé que les caporaux soient à nouveau présents dès le début de l'école de recrue et non uniquement après trois semaines. Réagissant à ces critiques, le chef du DMF a annoncé notamment que des caporaux effectuant des cours de répétition seront présents pendant les trois premières semaines dès 1997.³²

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 22.11.1996
ALEXANDRE FÜZESSÉRY

La presse helvétique s'est fait l'écho d'exercices de combat pratiqués lors de cours de répétition qui ont suscité la critique tant de la part de l'opinion publique que des chefs du DMF. Dans le cadre de la nouvelle loi sur l'armée (LAAM) qui prévoit la mise à disposition de forces armées au service des autorités civiles pour assurer des tâches de maintien de l'ordre, des commandants de compagnie ont en effet organisé des exercices où il était notamment question de contenir des manifestations de cheminots et de paysans ainsi que d'assurer la protection de bâtiments publics face à des chômeurs en colère. Suite à ces événements, **le chef de l'état-major Arthur Liener a édicté une directive** précisant que les scénarii employés lors de tels exercices de combat devraient à l'avenir ne désigner l'ennemi fictif qu'à l'aide de couleurs.³³

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 10.07.1998
FRANÇOIS HUGUENET

Dans l'ensemble, **les conclusions du rapport Brunner ont suscité des réactions favorables** dans la presse et lors de sa mise en consultation. Les partis gouvernementaux ont salué l'ouverture du débat sur la politique de sécurité et le renforcement de la collaboration internationale. Seule l'UDC a émis des réserves face à un engagement plus grand à l'étranger. La CPS du Conseil national s'est prononcée de façon positive et celle du Conseil des Etats a annoncé que la réforme de l'armée devrait avoir lieu avant 2005. La SSO a rappelé que le cœur de compétences de l'armée doit rester la défense. Parmi les détracteurs, l'USS et le GSsA ont critiqué la possibilité de confier à l'armée certaines tâches de police. Le conseiller national Blocher (udc, ZH), seul membre de la Commission Brunner a avoir refusé l'adoption du rapport, a lui présenté ses propres conclusions dans un document intitulé «Mutations stratégiques». Il s'y oppose à «un activisme international déguisé en entreprise morale» et combat une politique de sécurité qu'il estime naïve, hâbleuse et pastichée.³⁴

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 11.07.1998
FRANÇOIS HUGUENET

A Payerne, **l'aéroport militaire a accueilli dès le mois d'août des jets privés sur son terrain**. C'est le résultat d'une **convention valable pour deux ans** et renouvelable qui a été passée entre la COREB (Communauté régionale de la Broye) et l'Office fédéral des exploitations des forces aériennes. Cette convention ne s'applique pas aux vols touristiques ou sportifs, mais uniquement aux vols commerciaux. Un autre aéroport militaire à Buochs (NW) a également reçu des autorités fédérales une autorisation d'exploitation pour l'aviation civile, mais plusieurs associations ont fait recours contre ces nouvelles nuisances reportant ainsi l'ouverture.³⁵

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 14.07.1998
FRANÇOIS HUGUENET

Les Forces aériennes ont dû renoncer au grand meeting aérien qui était prévu en 1999 à Payerne (VD). Outre les raisons économiques consécutives aux coupes budgétaires, il a aussi été mentionné des insuffisances d'effectifs et une surcharge de travail qui ne permettrait plus d'assurer la logistique. La dernière manifestation de ce genre s'était déroulée à Emmen (LU) en 1994 et avait rassemblé quelques 100'000 spectateurs. Toujours dans une perspective de diminution des dépenses, les Tiger de la patrouille suisse ne sortiront plus que sept fois en Suisse et cinq fois à l'étranger par année. L'exposition à terre de F/A-18 helvétiques à l'étranger est également supprimée.³⁶

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 14.12.2002
ROMAIN CLIVAZ

Diverses **organisations conservatrices** ou d'officiers de milice ont menacé, durant toute la phase parlementaire, de **lancer un référendum contre la réforme Armée XXI**. C'est plus particulièrement la loi sur l'armée (LAAM) qui était visée. Le Groupe de travail des officiers de milice, la Communauté d'intérêt milice ou encore Pro Libertate (lobby des propriétaires d'armes à feu) ont régulièrement fait connaître leur opposition au projet Armée XXI. De même, le mouvement Action service actif a rappelé en milieu d'année qu'avec cette nouvelle organisation la capacité de défense autonome nationale n'était plus garantie, l'indépendance du pays menacée et le secteur alpin négligé. Cette menace a finalement été mise à exécution à peine le projet avait-il été avalisé par le parlement. Le comité était présidé par l'ancien divisionnaire Hans Wächter et comprenait de nombreuses organisations dont l'Action service actif, composée d'anciens de la Mobilisation de 39-45, les Démocrates suisses, la Communauté d'intérêt pour la milice, composée d'officiers considérant la Société suisse des officiers comme trop réformatrice, ou encore le groupe de jeunes conservateurs Young4Fun, fondé en 2001 à Winterthur.³⁷

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 18.10.2004
ELIE BURGOS

Poursuivant sur la lancée de la votation populaire sur « Armée XXI », la fin de l'année sous revue a été jalonnée par la **poursuite des débats sur le rôle et la nature de l'armée suisse**. Partisans d'une armée de milice et partisans d'une évolution en direction d'une armée professionnelle se sont affrontés à plusieurs reprises, le débat étant ravivé notamment lors de l'assemblée des délégués UDC du 17 octobre à Schaffhouse et lors des débats relatifs aux mesures d'économie préconisées par le DDPS et aux réorganisations prévues des troupes.³⁸

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 31.12.2004
ELIE BURGOS

L'entrée en vigueur d' « Armée XXI » n'a cependant pas manqué de déclencher un certain nombre de critiques et de polémiques. Outre des critiques sévères apportées à la nouvelle réforme par les recteurs des universités suisses et les délégués des Hautes Ecoles et des gymnases, ce sont les officiers et sous-officiers qui ont vivement critiqué celle-ci tout au long de l'année sous revue. Cela a même conduit la Société suisse des officiers (SSO) à adresser un courrier de mécontentement au Conseil fédéral en septembre, pour demander à ce dernier ce que l'armée attendait d'eux. Cette situation de confusion a d'ailleurs été renforcée par le fiasco du système informatique de gestion du personnel PISA 2000, proprement inutilisable.³⁹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 04.02.2005
ELIE BURGOS

Suite à la présentation par le DDPS, fin 2004, du nouveau concept de « stationnement de l'armée » prévoyant un plan de réduction drastique de l'infrastructure militaire, et notamment du nombre d'aérodromes, d'arsenaux et de places de tir, **de vives réactions sont apparues lors de la procédure de consultation** qui courait jusqu'au début du mois de février 2005. La majorité des critiques ont toutefois émané des cantons alémaniques – les cantons romands étaient en effet plus ou moins d'accord avec la version du concept de stationnement présentée en décembre 2004 –, dont plusieurs gouvernements des cantons concernés par les adaptations structurelles (parmi eux Glaris, les Grisons, Obwald, Thurgovie, Uri et Zurich). Choqués par la volonté du DDPS de fermer les aérodromes militaires de Dübendorf (ZH) et d'Alpnach (OW), officiers des forces aériennes zurichoises et hommes politiques alémaniques, dont les conseillers nationaux UDC Max Binder (ZH) et Roland Borer (SO), ont vivement protesté contre cette décision, qui aurait, selon eux, de graves conséquences au niveau des capacités d'engagement aérien en Suisse orientale. Ces personnes ont en outre présenté une alternative au projet du DDPS, qui prévoyait le maintien de l'aérodrome de Dübendorf et de celui d'Alpnach.⁴⁰

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 16.04.2005
ELIE BURGOS

Malgré les vives oppositions rencontrées, **la CPS-CN s'est prononcée en faveur du nouveau concept de stationnement de l'armée**. La commission, consciente du fait que de nombreux emplois disparaîtraient avec la mise en œuvre de ce dernier (2500 emplois d'ici 2010), a cependant déclaré que cela était le prix à payer pour le maintien d'une armée performante. De leur côté, les conseillers aux Etats Hermann Bürgi (udc, TG) et Philipp Stähelin (pdc, TG), de même que les conseillers nationaux thurgoviens UDC Alexander Baumann, Peter Spuhler et Hansjörg Walter, se sont mobilisés en faveur du maintien de la place d'armes de Frauenfeld (TG). Plus de 15'000 personnes ont signé une pétition contre cette fermeture.⁴¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 08.07.2005
ELIE BURGOS

La fronde à l'encontre des **adaptations structurelles induites par le nouveau concept de stationnement de l'armée** élaboré par le DDPS n'a pourtant pas faibli suite à cela, bien au contraire. Le chef du DDPS, le conseiller fédéral Samuel Schmid, a fini par accepter un certain nombre de concessions et de compensations (souvent accordées pour sauver des emplois), notamment dans les cas de l'aérodrome d'Alpnach, de l'arsenal de Coire et de la place d'armes de Frauenfeld, entre autres.⁴²

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 02.12.2006
ELIE BURGOS

En août, **le Conseil fédéral a mis en consultation une révision de la législation militaire**. Celle-ci prévoyait d'obliger les soldats de milice à accomplir des cours de répétition de six semaines à l'étranger (pour les membres des troupes de blindés, de l'artillerie, des troupes d'aviation et de défense aérienne), la forte densité de constructions en Suisse ne permettant plus de faire de grandes manœuvres, mais également à participer à des opérations de maintien de la paix à l'étranger. L'avant-projet présenté par le conseiller fédéral Samuel Schmid, chef du DDPS, a été relativement mal reçu. En effet, **tous les partis gouvernementaux**, de même que la Société suisse des officiers et l'Union patronale suisse, **se sont déclarés opposés à ce projet**. Le PDC a rejeté cette révision en argumentant que le plan de refonte de l'armée 2008-2011 devait d'abord être défini et adopté, et a ajouté que de tels cours de répétition devaient rester une exception. D'abord favorables au projet, les radicaux ont cependant exprimé par la suite leurs réticences face à une absence de six semaines, qui serait trop lourde pour les employeurs. Les socialistes, favorables à la participation de militaires suisses à des opérations de maintien de la paix à l'étranger, se sont opposés de leur côté au fait que le DDPS veuille sortir de la Suisse pour entreprendre de « grandes manœuvres ». L'UDC s'est quant à elle élevée contre ce projet, fustigeant l'ensemble de la démarche. L'ASIN, farouche opposante à cette révision, a déclaré qu'elle examinerait l'opportunité de lancer le référendum, si celle-ci était adoptée.⁴³

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 26.07.2008
ELIE BURGOS

Entré en fonction à la tête de l'armée suisse au début de l'année sous revue, **Roland Nef a été contraint à la démission** au mois de juillet suite aux révélations dans l'«**affaire**» portant son nom. Les médias ont en effet mis en lumière de graves manquements lors de la procédure de nomination de l'officier en 2007: le conseiller fédéral Samuel Schmid a proposé au Conseil fédéral la nomination de Roland Nef à la tête de l'armée, taisant le fait qu'une enquête pénale (suite à une plainte de son ex-compagne pour violences domestiques et contrainte) était pendante contre ce dernier, ce qui aurait pu remettre en cause sa nomination à la tête de l'armée. Les erreurs du conseiller fédéral Schmid, qui avait été informé de l'existence de cette plainte par la justice militaire dès le printemps 2007, ont entre autres conduit à la démission du conseiller fédéral (voir ici).⁴⁴

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 27.09.2011
MAXIMILIAN SCHUBIGER

Zu Beginn des Berichtjahres wurden Details aus dem Bereich der **Armeeimmobilien** publik. So wurde befürchtet, dass die Schliessung von Waffenplätzen Konsequenzen für die jeweiligen Standorte hätten. An verschiedenen Jahresrapporten in den Kasernen stand dies auf der Traktandenliste. Grössere Reaktionen hatte auch ein interner Bericht des VBS hervorgerufen, welcher ein Versagen des Baumanagements der Armee aufzeigte. In einer Vielzahl von Umbauprojekten hatte man sich im VBS in Bezug auf die Kosten bisweilen um mehrere Millionen Franken verschätzt. Schuld daran seien konfuse Abläufe innerhalb des VBS, urteilte etwa die Sonntagszeitung. Zu einem ähnlichen Schluss kam ein Prüfungsbericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle, der festhielt, dass die Armeebauten mit zu wenig Mitteln unterhalten würden und damit in einem schlechten Zustand seien. Die Bewirtschaftungs- und Investitionsplanung der Immobilien des VBS wurden in der Immobilienbotschaft des VBS (Bundesratsgeschäft 11.017) festgehalten. Diese hiessen die Räte im September gut.⁴⁵

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 08.07.2020
DIANE PORCELLANA

La récente version de la loi fédérale sur la **taxe d'exemption de servir** (LTEO) – entrée en vigueur en 2019 – oblige le versement de la taxe au minimum onze fois entre 19 et 37 ans. Auparavant, les non astreints au service militaire et civil devaient s'en acquitter jusqu'à leur 30 ans. A présent, les hommes naturalisés avant leur 30 ans – qui ont déjà rempli leur obligation – doivent la payer jusqu'à leur 37 ans. Dénonçant une **rétroactivité abusive de la loi** pour cette catégorie de la population, Mathias Reynard (ps,VS) a déposé une motion (20.3578) visant à ce que la LTEO ne s'applique pas aux citoyens nés avant 1989 et qui – en 2019 – étaient déjà libérés de la taxe. La conseillère

nationale Priska Seiler Graf (ps, ZH) entend convaincre ses collègues de la CPS-CN de déposer une motion dans ce sens.⁴⁶

Zivildienst und Dienstverweigerung

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 16.04.1985
PETER GILG

Nach dem Scheitern der zweiten Zivildienstinitiative wurde eine Entschärfung des Problems auf zwei Wegen angestrebt. Im Frühjahr **veröffentlichte eine Arbeitsgruppe der drei Landeskirchen ein neues Zivildienstmodell**. Anknüpfend an den Vorschlag des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes aus dem Jahre 1983 versuchte sie, die von der Initiative vertretene Idee des Tatbeweises in einer Weise zu konkretisieren, die nicht auf eine freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst hinauslaufen sollte. Sie sah deshalb die Einreichung eines begründeten Gesuchs mit amtlich beglaubigter Verpflichtung zum Zivildienst vor, und an die Stelle einer Überprüfung des Gewissensentscheids setzte sie eine blosser Beratung, alles vor zivilen Instanzen. Die erforderliche Verfassungsrevision gedachte sie auf parlamentarischem Wege einzuleiten.⁴⁷

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 24.10.1990
BRIGITTE CARETTI

En réponse à l'insatisfaction née de l'adoption de cette révision, **plus de vingt organisations pacifistes et d'objecteurs de conscience ont lancé un référendum** à son encontre, soutenus en cela par les socialistes, les écologistes, l'Alliance verte, Amnesty international et le cartel des associations de jeunesse notamment. Pour eux, le projet Barras n'est qu'un leurre, empêchant l'introduction d'un véritable service civil. Par ailleurs, le comité «contre un service civil déguisé», issu de l'organisation conservatrice «Ligue vaudoise», a également lancé un référendum contre cette modification législative, car elle serait inconstitutionnelle, inapplicable et irait à l'encontre de la volonté populaire.⁴⁸

-
- 1) Blick, URZ, 2.4.15; NZZ, 21.4.15; BaZ, 18.7.15; LZ, 23.7.15; AZ, BaZ, LT, 25.7.15; SO, So-Blii, 26.7.15; BZ, 31.7.15
 - 2) Bon pour la tête, 10.9.19 (online); TA, 18.6.19; LT, 5.9.19; Blick, 6.9., 10.9.19; LT, 13.9.19; AZ, 14.10.19
 - 3) TA, 03.09.77; Blick, 28.07.77; Bund, 28.07.77; Presse vom 29.7.77; TG, 09.11.77; Tat, 21.01., 22.01., 23.01., 24.01., 25.01., 26.01., 27.01., 28.01., 29.01., 30.01., 31.01., 01.02., 02.02., 03.02., 04.02.77; Bund, 23.02., 24.02., 25.02.77
 - 4) NZZ, 01.02., 05.05., 04.07., 11.12.80; LNN, 19.04., 14.05.80; BaZ, 02.02., 17.05., 13.12.80; Vat., 07.02.80; SGT, 02.06., 14.06.80; Bund, 02.06.80; TA, 04.03.80
 - 5) BaZ, 20.02.80; TW, 07.03.80; SP-Information, 05.06.80; Vr, 24.06.80; TA, 05.12.80; NZZ, 16.09.80; Sonderausgabe TA, Zürich 1980, S. 26 ff.; BaZ, 23.01.80; LNN, 21.01.80
 - 6) BO CN, 1981, p. 538 s.; BO CN, 1981, p. 540 ss.; Chevallaz (1981). Notre armée, un instrument de dissuasion.; Suisse, 19.09.81; BaZ, 21.11.81; NZZ, 04.05., 05.09., 03.10., 16.11.81; Woche, 11.12.81; Suisse, 31.12.81; SZ, 28.03.81; Lib., 12.09.81; Vat., 28.03.81; TA, 28.03., 26.10.81; 24 Heures, 12.09., 19.09.81
 - 7) BO CN, 1981, p. 48 ss.; BO CN, 1981, p. 952; Vr, 30.03., 08.12.81; TA, 02.04.81; TW, 08.05., 03.10.81; BaZ, 07.12., 14.12.81; Woche, 11.12.81; Bund, 07.09.81; LNN, 09.11.81; Suisse, 01.12.81; TA, 26.02., 13.05., 30.06., 01.07.81; Ldb, 16.05., 26.05., 29.06., 30.06., 01.07.81; TA, 17.02.81; TW, 14.10.81; SP-Information, 27.04., 22.10., 14.12.81; NZZ, 16.09.81
 - 8) Ww, 21.01.81; NZZ, 24.01., 05.03., 18.03., 16.07., 19.12.81; 24 Heures, 03.08.81; BaZ, 31.08.81; Vat., 07.02.81
 - 9) Lib., 11.11. et 20.11.00; 24h, 24.6.00.
 - 10) Presse du 11.11.91.
 - 11) BaZ, 29.03., 08.04., 13.04., 16.04., 23.04., 26.04.78; 24 Heures, 24.07.78
 - 12) AB NR, 1980, S. 1280 f.; BaZ, 02.05., 20.05., 21.05., 09.06.80; SGT, 02.05., 31.05.80; VO, 19.05.80; Vr, 19.05., 10.07.80; Tell, 24.01., 14.11.80; NZZ, 24.05., 14.07.80; Vat., 24.05.80; TW, 31.05., 10.07., 14.07.80; Vr, 27.05., 14.07., 15.07.80; TA, 15.07.80
 - 13) BaZ, 09.01., 10.05., 06.08., 07.08., 15.08., 11.10., 20.10.80; Vr, 18.02.80; 24 Heures, 14.04.80; TW, 17.04., 19.6., 06.12.80; Bund, 24.06., 30.10., 19.12.80; Presse vom 12.5.80; Bund, 298, 80; NZZ, 29.11., 11.12., 17.12.80; LNN, 03.10.80; Suisse, 22.10.80; Presse vom 26.11.80; Ww, 03.12.80; Verhandl. B. vers., 1980, IV, S. 60
 - 14) 24 Heures, 03.03., 30.10., 22.05.81; BaZ, 30.05.81; NZZ, 29.05., 29.10., 11.11., 19.11., 11.12., 23.12.81; Ww, 25.11.81; Bund, 23.12.81; TLM, 27.02., 28.05., 18.08.81; Suisse, 10.03.81; BO CE, 1981, p. 484 s.; BO CN, 1981, p. 1323 s.; BO CN, 1981, p. 1324 s.; BO CN, 1981, p. 547; BO CN, 1981, p. 547 ss.; BO CN, 1981, p. 552 ss.; BO CN, 1981, p. 557 s.; RO, 1981, p. 933 ss.; Wildbolz (1981). Technisierung und Milizarmee.
 - 15) BO CE, 1981, p. 305 s.; BO CE, 1981, p. 534 ss.; BO CE, 1981, p. 549 s.; BO CN, 1981, p. 1323 s.; BO CN, 1981, p. 1431 ss.; BO CN, 1981, p. 1745; BO CN, 1981, p. 1779 s.; BO CN, 1981, p. 1781; BO CN, 1981, p. 288 ss.; BO CN, 1981, p. 325 ss.; BO CN, 1981, p. 942 s.; RO, 1981, p. 2074; TLM, 09.04.81; Woche, 23.10.81; BaZ, 04.09.81; Ww, 18.11.81; TA, 21.02.81 JdG, 14.03.81; 24 Heures, 29.04.81; Bund, 05.06.81; NZZ, 19.02., 29.09., 17.10., 19.11., 03.12., 14.12.81
 - 16) 24 Heures, 31.06., 01.07.81; NZZ, 17.10., 02.12.81; TA, 25.02.81; SZ, 24.07.81; Vat., 03.11.81; TW, 04.03.81; BaZ, 07.03., 24.08.81; BO CN, 1981, p. 1775 s.
 - 17) BO CN, 1982, p. 583 s.; Bund, 09.03.82; 24 Heures, 01.06.82; BaZ, 19.06., 21.06., 04.11.82; NZZ, 07.01., 14.04., 21.06., 13.09.82; TW, 14.09.82; SGT, 18.05., 03.06.82; TA, 21.06.82; Lib., 01.07.82
 - 18) AB NR, 1982, S. 814 ff.; AB SR, 1982, S. 446 ff.; Presse vom 22.06., 22.12.82; Vat., 15.04., 07.04.82; Woche, 23.04.82; NZZ, 15.12.82; BZ, 10.06.82
 - 19) Presse vom 01.11., 29.3., 15.12., 16.12.82; Lib., 21.04.82; BaZ, 11.08.82
 - 20) BBI, 1983, 2, S. 38 ff.; Presse vom 4.1.-12.1., 14.1., 27.1. und 26.2.83; Vat., 5.2.83; Ww, 7, 16.2.83; TA, 20.1.83
 - 21) NZZ, 3.4. und 19.5.84; LNN, 4.1., 21.4. und 22.5.84; Vr, 5.6.84; Vat., 10.1., 17.2., 15.3., 26.3., 27.3., 7.4., 22.6. und 11.10.84; Presse vom 15.2., 29.2., 20.6., 8.8. und 27.9.84
 - 22) Vat., 29.8., 6.10., 6.11. und 3.12.84; LNN, 17.10.84; BaZ, 28.9.84
 - 23) AB SR, 1986, S. 351 ff.; Presse du 26.7.86; WoZ, 32, 8.8.86
 - 24) BO CN, 1990, p. 1732 s.; LM, 26.5.89.
 - 25) 24 Heures, 20.1.90; BZ, 20.1.90; NZZ, 16.2.90; Suisse, 1.4. et 9.6.90; WoZ, 29.6.90; SGT, 30.7.90.
 - 26) Documentation du PDC Suisse, 15, 9.4.90, p. 167 ss.; NZZ, 11.4.90; Presse du 12.4.90; TA, 11.4. et 28.4.90; AT, 20.4.90.; SP Pressedienst, 286, 23.1., p. 1 s., 293, 24.4., p. 1 s. et 306, 20.11.90, p. 5 s.
 - 27) Presse du 20.9.91; VO, 39, 26.9.91.

- 28) Presse du 15.5. et 4.9.91; JdG, 16.5.91; CdT, 18.5. et 10.6.91; Ww, 23.5.91; NZZ, 27.8.91; BaZ, 19.9.91; SHZ, 26.9.91, presse du 12.6.91; NQ, 24.9.91; Bund, 8.2. et 15.4.91; NZZ, 11.2., 13.3., 12.4. et 1.10.91; Blick, 22.2.91; AT, 9.3. et 10.4.91; CdT, 12.3. et 22.4.91; Vr., 12.3.91; TA, 20.3., 2.4. et 20.11.91; BaZ, 21.3.91; 24 Heures, 26.3. et 4.6.91; Suisse et Lib., 15.4.91; presse du 10.6.91; NQ, 15.12.91.
- 29) BO CE, 1991, p. 540 ss.; BO CN, 1991, p. 898 ss.; Presse du 21.12.91; Presse du 4.9.91; SGT, 9.9.91; NZZ, 10.9.91; Vr., 13.9.91; Suisse, 10.9. et 15.9.91; presse du 16.9.91; TA et SGT, 4.11.91; JdG, 14.12.91; Dém., 16.12.91; SGT, 9.2. et 16.2.91; NZZ, 1.3.91; presse du 18.4. et 5.6.91; TA, 27.2.91; Bund, 10.5.91; presse du 10.5.91.
- 30) Amtl. Bull. NR, 1993, S. 2509 f.; Presse vom 23.3.-27.3.93.
- 31) Presse vom 1.11.93.
- 32) Presse du 23.5.96; Böz, 16.8.96; SGT, 28.10.96.
- 33) NQ, 13.6 et 9.7.96; presse des 2.11 et 9.11.96; JdG, 22.11.96.
- 34) JdG et NZZ, 27.2.98; NZZ, 22.4.98; TG, 10.7.98.
- 35) LT, 24.6.98; NLZ, 4.7 et 11.7.98.
- 36) 24 Heures, 14.7.98.
- 37) LT, 21.5 et 8.10.02; presse des 13.6, 7.10 et 14.12.02; NZZ, 9.10.02.
- 38) Presse du 18.10 (UDC) et du 9.9.04 (mesures d'économies).
- 39) LT, 7.9.04.; NF, 31.3.04.
- 40) LT, NF et TA, 8.1.05 (officiers et conseillers nationaux); NLZ, 26.1.05; SGT, 28.1.05; Böz, 2.2.05; BZ, NZZ et QJ, 4.2.05 (gouvernements cantonaux). Bund et BZ, 4.2.05.
- 41) NZZ, 13.1 (CPS-CN) et 16.4.05 (pétition).
- 42) NZZ, 4.3.05 (Alpnach); LT, 29.3.05 (Coire); NZZ et SGT, 8.7.05 (Frauenfeld).
- 43) LT, 17.7 et 2.12.06; presse du 24.8.06.
- 44) SoZ, 13.7.08 et presse du 14.7.08 (révélations); presse du 15 au 25.7 (déroulement) et du 26.7.08 (démission).
- 45) AB SR, 2011, S. 387 ff. und 922 f., AB NR, 2011, S. 1420 ff.; BBI, 2011, S. 2123 und 7625 f.; zur Kritik vgl. Presse vom 3.1. und 5.1.11; SoZ vom 6.3. und 20.3.11.
- 46) Blick, 8.7.20; Lib, 11.7.20; AZ, 29.7.20
- 47) Presse vom 13.04.85; NZZ, 15.04., 16.04.85; Vgl. SPJ, 1983, S. 63 f. ; 1984, S. 60.
- 48) JdG et 24 Heures, 24.10.90; Presse du 20.10.90.